

BUND-Regionalverband Donau-Iller
BUND-Kreisverband Ulm

Gemeinsame Pressekonferenz zum Jahreswechsel 2007/2008

**am Freitag, 28.12.2007
im BUND-Umweltzentrum Ulm**

Teilnehmer von Seiten des BUND:

Ulrich Müller, Regionalvorsitzender

Dr. Dieter Fortmann, Vorsitzender KV Ulm

Ralf Stolz, Regionalgeschäftsführer

„Der Klimawandel und dessen Ursachen bestimmen die weltweite Politik. Zunehmend erkennen Bürger, Wirtschaft, Politiker und Behörden auch in unserer Region, dass die Zeit zum Handeln reif ist. Energie sparen, effizienter nutzen und erneuerbare Energien verstärkt nutzen heißt das Gebot der Stunde!“ Mit diesem Statement startet BUND-Regionalvorsitzender Ulrich Müller die Pressekonzferenz, welche der BUND-Regionalverband Donau-Iller und der BUND-Kreisverband Ulm traditionell zwischen Weihnachten und Neujahr veranstalten. Der BUND lobt in diesem Jahr die geplante Einrichtung einer regionalen Energieagentur, greift aber gleichzeitig die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm für deren Beteiligung an geplanten Kohlekraftwerken in Nordrhein-Westfalen an. Passivhäuser müssten nach Ansicht des Umweltverbandes zumindest dort, wo die Grundstücksvergabe über die Kommune abgewickelt werde wie in Ulm, zum Standard werden – und auch der Verkehr müsse seinen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen leisten.

Hohe Anerkennung zollt der BUND Alb-Donau-Landrat Heinz Seiffert für dessen Engagement zugunsten einer regionalen Energieagentur. Müller: „Wir freuen uns sehr, dass unser vor zwei Jahren gegebener Impuls, eine solch zentrale Beratungs- und Servicestelle einzurichten, auf so fruchtbaren Boden gefallen ist.“ Erfreulich sei, dass es gelungen ist, die Stadt Ulm und die Nachbarlandkreise Neu-Ulm und Heidenheim mit ins Boot zu holen. Angesichts der globalen Bedrohung und der ständig steigenden Energiepreise sehe der BUND einen großen Nachfragebedarf bei der Bevölkerung. Langfristig erhoffe sich der BUND durch die Tätigkeit der Energieagentur, dass Bürger und Politiker mehr Verantwortung für die zukünftige Energieversorgung übernehmen und Chancen wie Grenzen der regionalen Potenziale einer nachhaltigen Energieerzeugung in den Blick kommen würden.

Lob erhalten auch die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm: Mit dem neuen, preislich interessanten Produkt „SWU-Strom natur“ sieht der BUND die Stadtwerke auf einem vorbildlichen Kurs: Nachdem sich die SWU auf vielfältige Weise bemühten, verstärkt Strom und Wärme aus erneuerbarer Energien zu nutzen, sei dieses Produkt und dessen Bewerbung auch redlich, im Gegensatz zu den Ökostromangeboten der großen Energieversorger, die zwar Ökostrom im Angebot führen, sich aber kaum um den Zubau entsprechender Kraftwerkskapazitäten bemühen würden, so BUND-Regionalgeschäftsführer Ralf Stolz.

Diese Anerkennung für die Stadtwerke hält die Umweltschützer nicht von heftiger Kritik ab. Stolz: „Wir begrüßen, dass sich die SWU im Wettbewerb wappnen und die Stromeigenerzeugung etwa durch eine Beteiligung am Wasserkraftwerk in Mainz-Kostheim ausbauen will. Aber mit dem heutigen Wissen um die Folgen unseres CO₂-Ausstoßes und angesichts der globalen, europäischen und nationalen Ziele zur Minderung der Treibhausgasemissionen dürfen wir nicht zulassen, dass heute neue Kohlekraftwerke errichtet werden.“ Die Effizienz dieser Kraftwerke sei mit 40 bis 50 % zwar höher als die alter Kohlemeiler – dennoch könne bei diesen Kraftwerken rund die Hälfte der eingesetzten Primärenergie nicht genutzt werden. Vor allem aber werde der Kraftwerkspark auf Jahrzehnte hinaus auf eine „Dinosauriertechnik“ fixiert und damit die allseits geforderte Energiewende erschwert. Die BUND-Vertreter fordern die SWU daher auf, ihre Beteiligung an den Kohlekraftwerken in Krefeld und Lünen (Nordrhein-Westfalen) zu beenden.

Die Umweltschützer sehen darüber hinaus noch verschiedene Stolpersteine für beide Projekte: Stolz zählt hierzu Änderungen bei den Regularien des Emissionshandels, die Preisentwicklung bei Rohstoffen und Baumaterialien, die absehbare Knappheit des Brennstoffs Kohle, aber auch zunehmende Bürgerproteste vor Ort. Stolz: „Die SWU sollten sich gut überlegen, ob sie nach den voraussichtlich gescheiterten Kraftwerksprojekten bei Ehingen-Berg, Bellenberg und Neu-Ulm ein weiteres Mal mit leeren Händen dastehen wollen.“

Anerkennung erntet die Ulmer Stadtverwaltung für ihre Absicht, Passivhäuser in Zukunft bei Neubauten zum Standard zu machen. Ulms BUND-Vorsitzender Dr. Dieter Fortmann hebt hervor, dass Ulm aufgrund seiner Politik der Grundstücksbevorratung hier nicht nur eine Chance habe, sondern auch in der Pflicht sei: Es sei an der Zeit, vom Modellprojekt – der Passivhaussiedlung am Eselsberg – weg zu kommen und die Passivhausbauweise zur Regel zu machen. Fortmann: „Zukünftige Bauherren werden angesichts steigender Energiepreise froh sein, in einem Passivhaus wohnen zu dürfen!“ Das Argument, Passivhäuser seien für manchen Bauwilligen nicht finanzierbar, lässt Fortmann nicht gelten: „Mancher Luxus, den man heute bei Neubauten beobachten kann, muss nicht sein!“ Am einfachsten könnten höhere Baukosten durch den Erwerb eines kleineren Grundstück ausgeglichen werden. Auf diese Weise würde gleichzeitig ein Beitrag zur Eindämmung des Flächenverbrauches geleistet

werden. Allerdings müsste die Stadt in ihren zukünftigen Baugebieten auch solche Grundstücke anbieten und gleichzeitig wieder mehr eine verdichtete Bauweise vorsehen.

Kritik an Vergleich der IHK

„Wenn es darum geht, neue Straßen einzufordern, ist die Ulmer IHK immer vorn dabei“ konstatiert BUND-Regionalgeschäftsführer Ralf Stolz und nimmt deren jüngst geäußerte Forderung nach mehr Geld für den Bau von Bundesfernstraßen aufs Korn. Dabei hatte die IHK moniert, der Regierungsbezirk Tübingen weise ein Autobahnnetz wie Ostrumänien auf. Stolz: „Wenn es um unseren Regierungsbezirk so schlecht bestellt sein soll, muss man sich fragen, warum gerade unsere Region in puncto Wirtschaftskraft, Erwerbstätigkeit und Einwohnerentwicklung bundesweit ganz vorne dabei ist.“ Stolz verweist auch auf die jüngst veröffentlichte Umfrage, nach der sich die Bevölkerung an Donau und Iller bundesweit am wohlsten fühlt. „Offensichtlich sind für Bürger wie die Wirtschaft noch andere Standortfaktoren, Kriterien und Werte von Bedeutung als die Ausstattung einer Region mit hochrangigen Straßen!“

Der Umweltverband verschließe sich dabei keineswegs Forderungen, etwa besonders stark belastete Ortsdurchfahrten durch Umfahrungsstraßen zu entlasten. Er wirke hier vielmehr konstruktiv mit, um Eingriffe in Natur und Landschaft ebenso zu minimieren wie die Belastung der Bevölkerung durch die Verlagerung von Lärm. Straßen jedoch, die vor allem bestimmte Partikularinteressen befriedigen sollen und deutlich mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringen würden, werde der BUND weiterhin ablehnen. Hierzu zählen die Umweltschützer etwa die Verlängerung der Ulmer Nordtangente zur Böfinger Steige, die Westumfahrung von Bernstadt, die Nordwestumfahrung von Biberach mit dem Aufstieg nach Mettenberg sowie die „Kernstadtentlastungsstraße“ in Riedlingen. Speziell in letzterem Fall müsse man sich wundern, wie sehr ein Bürgermeister gegen alle Widerstände ein Projekt durchboxe, das allerorten im Hinblick auf den Bedarf, den Umfang und die verursachten Eingriffe nur Kopfschütteln verursache.

Regionalvorsitzender Uli Müller: „In der Europäischen Union ist der Straßenverkehr für mehr als ein Fünftel aller CO₂-Emissionen verantwortlich, die Hälfte davon wird durch die zunehmende Zahl der Pkw verursacht. Neben sparsameren und somit emissionsärmeren Kraftfahrzeugen sowie einer angemesseneren Fahrweise muss beim Bau von Verkehrswegen der Investitionsschwerpunkt ganz klar auf die Schiene verlagert werden.“ Die Planungen zur Elektrifizierung der Südbahn sowie zur Ertüchtigung von Illertal- und Donautalbahn müssten daher neben den Planungen der ICE-Neubaustrecke nach Stuttgart vehement voran gebracht werden. Müller gibt gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, dass die „Milliardengräber“ Stuttgart 21 und der Münchner Transrapid noch rechtzeitig „vom Gleis“ geholt werden können, um die entsprechenden Mittel für wichtigere und sinnvollere Verkehrsprojekte verwenden zu können.

Zu diesem Tenor zählt für den BUND speziell in Ulm der weitere Ausbau der Straßenbahn. Fortmann: „Wir freuen uns sehr, dass nach Jahren der Lähmung offenbar über alle Parteigrenzen hinweg die Erkenntnis gereift ist, dass von der Linie 1 ausgehend nach und nach ein Netz von Straßenbahnlinien aufgebaut werden muss.“ Der BUND sieht die Notwendigkeit, Schienen insbesondere auf den Eselsberg und den Kuhberg, aber auch über die Donau hinweg nach Ludwigsfeld und Burlafingen zu legen. Fortmann: „Die Verkehrsprobleme in unseren Städten, unsere Verpflichtungen zum Schutz des Klimas und zur Verringerung der Feinstaubbelastung lassen keinen anderen Weg zu!“

BUND: Keine Flächen für weitere Discounter!

Derzeit ist die Stadt Ulm dabei, in den Stadtteilen Wiblingen und Donaustetten Flächen für die Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben auszuweisen. Der BUND macht hiergegen Front. Ralf Stolz: „Mit der Ansiedlung von Discountern werden Verkehrsaufkommen und entsprechende Lärm- und Abgasemissionen steigen, ebenso der Landschaftsverbrauch.“

In Wiblingen könne der BUND keinen Mangel in der Nahversorgung mit Lebensmitteln erkennen – hier gebe es bereits zwei Supermärkte, zwei kleine Lebensmittelläden, drei Metzgereien und vier Bäckereien. Stolz sieht die Gefahr, dass diese Läden

von einem neuen Discounter in ihrer Existenz bedroht werden und sich für weniger mobile Menschen die Nahversorgung verschlechtern würde.

In Bezug auf die Situation in Göggingen und Donaustetten weist der BUND-Geschäftsführer darauf hin, dass hier eher ein kleinflächiger, zentral gelegener Supermarkt erforderlich sei, der in ein freies Ladenlokal im Gebiet Riedlen einziehen sollte. Die Hoffnung darauf, dass sich ein entsprechender Betreiber findet, sollte nach Meinung des BUND nicht aufgegeben werden, zumal es nach wie vor einen Trend zu kleinen, inhabergeführten oder genossenschaftlich organisierten Lebensmittelläden geben.

Mehr Personal für Naturschutzbehörden!

Seit Jahren registrieren die Naturschutzverbände, dass das Fachpersonal in den den Landratsämtern und Stadtkreisen zugeordneten Unteren Naturschutzbehörden mehr und mehr überlastet ist. Ursache hierfür ist nach Ansicht des BUND die Zunahme teils sehr bürokratischer Aufgaben, was auch mit der landesweiten Verwaltungsreform zusammenhängt, die in den letzten Jahren in zwei Stufen vollzogen wurde. Die Auswirkungen hiervon bekäme die Gesellschaft an vielen Stellen zu spüren, meint BUND-Regionalvorsitzender Ulrich Müller: „Umweltvergehen bleiben zunehmend ungeahndet. Einerseits gibt es mangels Personal zu wenig Kontrollen vor Ort, andererseits können festgestellte oder gemeldete Verstöße gegen Umwelt- und Naturschutzrecht häufig nicht juristisch geahndet werden.“

Ursache hierfür sei keineswegs das Engagement des vorhandenen Personals, sondern vielmehr der Mangel an Fachkräften, aber auch an Juristen in den Unteren Naturschutzbehörden. Das vorhandene Fachpersonal sei, so Müller, mit zu viel Bürokratie überhäuft, beispielsweise bei der Abwicklung der zunehmend EU-kofinanzierten Landschaftspflegemaßnahmen, die einen umfangreichen Kontrollmechanismus nach sich ziehen würden. Die Unteren Naturschutzbehörden würden dagegen kaum noch dazu kommen, wichtige Aufgaben wie etwa kreisweit abgestimmte Landschaftspflegekonzepte voran zu treiben.

Ganz besonders notwendig wäre dies nach Ansicht des Umweltverbands beispielsweise im Langenauer Ried, wo vom Land großflächig FFH-Gebiete ausgewiesen

wurden, aber das Regierungspräsidium aufgrund von Kapazitätsproblemen auf Jahre hinaus keine Managementpläne zu Pflege und Entwicklung dieser Flächen erstellen können. Ein weiteres Beispiel dafür, dass das Personal zu knapp bemessen ist sei, dass im Alb-Donau-Kreis teilweise keine Neuverträge bei Landschaftspflegemaßnahmen durch Landwirte mehr abgeschlossen würden. Bei der momentan zu beobachtenden weiteren Intensivierung der Landwirtschaft bliebe dann der Erhalt der Artenvielfalt noch mehr als früher auf der Strecke.

Ein offenes Geheimnis sei laut Uli Müller zudem, dass eine Überprüfung von festgelegten Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe etwa durch den Neubau von Straßen oder die Erschließung von Gewerbe- und Wohngebieten viel zu selten stattfindet. Solche für die Natur zur Wiedergutmachung vorgesehenen verpflichtenden Maßnahmen würden häufig verschleppt und fachlich sowie vom Umfang her unzureichend durchgeführt.

„Im Zuge des verstärkten Anbaus von Mais und anderen nachwachsenden Rohstoffen für die Nutzung der Bioenergie werden derzeit leider viele Wiesen umgebrochen“ konstatiert der BUND-Regionalvorsitzende. Dabei würden immer wieder die gewässerbegleitenden, nach dem Wassergesetz des Landes geschützten zehn Meter breiten Randstreifen umgebrochen. Damit werde der Schutz der Fließgewässer vor dem Eintrag von Gülle, Dünger und Pestiziden stark geschwächt. Hinzu trete oft noch eine zu starke Düngung sowie Spritzmitteleinsatz in ökologisch sensiblen Bereichen wie etwa ursprünglich extensiv genutzten Magerwiesen. Auch hier sei mehr Kontrolle, aber auch Beratung erforderlich.

Bundesfestung: Gegen großflächige Abholzungen um die Ulmer Forts für die 150-Jahr-Feier

Anlässlich des 150jährigen Bestehens der Ulmer Bundesfestung im Jahr 2009 plant die Stadt, große Teile dieser ehemaligen Befestigungsanlage frei zu stellen und großflächig Bäume zu fällen, die in deren Umfeld aufgewachsen sind. So soll beispielsweise die Wilhelmsburg von der Innenstadt aus sichtbar gemacht werden. Diese Absichten treffen auf scharfe Kritik des BUND wie aller Ulmer Naturschutzverbände. Ulms BUND-Vorsitzender Dieter Fortmann: „Schon die vor kurzem gefällten

rund einhundert Bäume am Ostrand der Wilhelmsburg sind zu viele gewesen.“ Die Vorstellung, dass allein um die Wilhelmsburg noch viele hundert, wenn nicht tausend Bäume abgeholzt werden sollen, bereiteten den Naturschützern in Ulm derzeit sehr große Sorge.

Um die Ulmer Forts, die zur Bundesfestung gehören, hat sich der wertvollste Grünbestand im Bereich der Ulmer Innenstadt gebildet. Hierin seien sich, so Fortmann, alle Fachleute einig. Was sich in den letzten hundert Jahren - nur zum geringen Teil geplant - als artenreicher Baumbestand zum Beispiel am Michelsberg entwickelt habe, dürfe nicht für das Jubiläum geopfert oder auch nur gefährdet werden. Fortmann: „Die Erholungsfunktion dieser Naturräume ist für die Ulmer Bürgerschaft viel wichtiger als der freie Blick auf diese zum Teil zweifellos beeindruckenden militärhistorischen Bauwerke!“ Dass die Forts vor 150 Jahren frei und rundum einsehbar um das damals noch kleine Ulm standen, könne kein Grund dafür sein, heute den Urzustand wieder anzustreben. Fortmann setzt noch eins drauf: „Die Zeiten des freien Schussfelds um die Ulmer Bundesfestung sind ein für alle Mal vorbei!“

Für abwegig erklärt der BUND auch Überlegungen aus der Mitte des Ulmer Gemeinderates, die Wilhelmsburg nachts zu beleuchten. Ein solches Vorhaben verbiete sich schon im Hinblick auf die Klimaschutzziele der Stadt. Zudem würden Turmfalken, Fledermäuse und andere Tiere hierdurch stark irritiert und beeinträchtigt werden. Fortmann: „Wir haben sowieso schon nachts viel zu viel künstliches Licht und sehen kaum mehr die Sterne. Was in der Innenstadt unvermeidlich ist, sollte aber um die Stadt herum tabu sein!“

Aktion „Pflanz dir einen Stammbaum“

In einer bislang einmaligen Kooperation greifen die Stadt Ulm und der BUND ein uraltes Anliegen des Umweltverbandes auf: Eine Begrünung der Innenstadt, wo dies sinnvoll und machbar ist. Nach Ansicht von Ulms BUND-Chef Fortmann ist die Aktion gut angelaufen. So sei das Bild der umgestalteten Sternengasse auch durch die von zahlreichen Bürgern gespendeten schönen Bäume nachhaltig aufgewertet worden. Der BUND appelliert an alle Ulmer Bürgerinnen und Bürger, die es sich leisten kön-

nen, sich ein solches „persönliches Denkmal“ zu setzen und sich auf diese für die Natur in der Stadt zu engagieren.

Wann hört der militärische Fluglärm über Ulm endlich auf?

Der Luftraum über Ulm und Neu-Ulm ist seit Jahren Ziel von militärischen Flugübungen. Alle Proteste von Bürgern und Umweltverbänden gegen die daraus resultierende Lärmbelastung und die Gefährdung für die Bevölkerung haben bisher nichts genutzt. Auch die Stadtführung sei wegen des ständig zunehmenden militärischen Fluglärms über Ulm besorgt, erklärte Oberbürgermeister Gönner im Herbst bei einer Podiumsdiskussion des BUND. Dieser fordere die Stadt jetzt zum wiederholten Male auf, gegen diese „nicht hinnehmbaren und auf Dauer gesundheitsschädliche Belästigung der Ulmer Bürgerschaft aktiv zu werden“, so Dieter Fortmann. „Wenn dieselben Düsenjäger eine halbe Stunde immer wieder über Ulm und Umgebung kreisen, ist offenkundig, dass es eine Kooperation zwischen diesen und militärtechnischen Einrichtungen am Boden in Ulm geben muss!“ Diese dürfe aber nicht wie bisher zu Lasten aller Ulmer Bürger gehen.